

Gemeinsamer dringlicher Antrag Nr. 01

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
von Gemeinsam - Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen,
von Links Wien,
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative International,
der Mitarbeiter:innen unterstützen das Team,
von Deine Parteifreie Interessenvertretung,
der Türk-I

an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 13. November 2024

Stärkung des Insolvenzschutzes

Begründung der Dringlichkeit:

Angesichts der jüngsten Insolvenzfälle und der damit verbundenen Unsicherheiten für Tausende Arbeitnehmer:innen ist ein entschlossenes Handeln dringend erforderlich. Nur so kann sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer:innen in Zukunft nicht weiter zur Verfügungsmasse spekulativer Unternehmenspraktiken degradiert werden.

Die aktuellsten Entwicklungen rund um die Insolvenz von Kika/Leiner verdeutlichen auf drastische Weise die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Arbeitnehmer:innenrechte in Krisensituationen. Fälle wie dieser zeigen, dass unternehmerische Konzepte, die Immobilienspekulation statt die Schaffung von Gütern und Dienstleistungen an erste Stelle setzen, untragbare Risiken auf die Schultern ihrer Beschäftigten abwälzen. Die Angestellten werden zu bloßen Verfügungsmasse degradiert, ohne Rücksicht auf ihre Existenzsicherung.

Während der Insolvenz von Kika/Leiner standen und stehen Tausende von Mitarbeiter:innen vor einer ungewissen Zukunft. Der Fall verdeutlicht, dass das bestehende System der Bilanztransparenz, der Regulierung von Insolvenzen und des Insolvenzschutzes unzureichend ist, um Beschäftigte vor den Folgen unternehmerischen Missmanagements und spekulativer Geschäftsmodelle zu schützen.

Insbesondere braucht es:

- Verschärfte Regelungen für die verpflichtende Veröffentlichung von Bilanzen und die darin auszuweisenden Informationen
- schärfere Regulierungen für Unternehmenskäufe und -verkäufe, um spekulative Übernahmen zu verhindern, die am Ende die Beschäftigten in die Insolvenz treiben.
- strengere Haftung von Eigentümer:innen und Investor:innen, insbesondere bei bewusster Spekulation auf Kosten der Belegschaft.
- eine verbesserte Absicherung der Arbeitnehmer:innen in Insolvenzfällen, z. B. durch die Sicherstellung einer ausreichenden Dotierung des Insolvenzentgelt-Sicherungsfonds (IEF) und eine zielgerichtete Erhöhung der Insolvenz-Entgelt-Grenzen. Gleichzeitig soll durch eine wirksame Erstauftraggeber-Haftung der Missbrauch des IEF durch dubiose Geschäftsmodelle gestoppt und der IEF entlastet werden.
- stärkere Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer:innen in wirtschaftlich kritischen Phasen, um frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

Die 182. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien setzt sich bei der Regierungsbildung auf Bundesebene und in allen relevanten politischen Gremien entschieden für eine Stärkung von Transparenz- und Bilanzregeln für Unternehmen, für strengere Regulierungen und Eigentümerhaftungen bei Insolvenzen, den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmungsrechte und eine Absicherung und Verbesserung der Bestimmungen des Insolvenzentgeltschutzes sowie des Insolvenzschutzes ein. Sie fordert die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich des Insolvenzschutzes durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, um Arbeitnehmer:innen in Insolvenzfällen besser zu schützen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich